

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalte 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitspalte im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch
18
Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird möglichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 93 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Die Antwort der Alliierten.

Versailles, 17. Juni. Die Antwortnote der Entente ist dem Grafen Brodorsky-Rankau gestern abend 1/7 Uhr überreicht worden.

Paris, 17. Juni. (Reuter.) Die von den Alliierten auf die deutschen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen erteilte Antwort ist heute veröffentlicht worden. Sie wird eingeleitet durch einen Mantelbrief in dem gesagt wird:

In den Augen der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals begangen wurde. Deutschland hat seinen willfährigen Nachbar ermordet, Serbien den Krieg zu erklären. Der Brief zählt dann die deutschen Verbrechen auf und sagt: Deutschland muß es auf sich nehmen, Wiedergutmachungen zu leisten. Der Brief führt weiter aus: Die alliierten und assoziierten Regierungen haben für die Wiederaufrichtung eines polnischen Staates mit einem sicheren Zugang zum Meere Vorsorge getroffen. Das Regime betr. des Saargebietes wird für 15 Jahre aufrecht erhalten. Die Alliierten sind überzeugt davon, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Wenn die Deutschen beweisen — so fügt der Brief hinzu —, daß sie beabsichtigen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem früheren Zeitpunkt möglich sein, den Völkern durch die Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Betreffs der deutschen Beschuldigungen gegen die Blockade heißt es: Die Blockade ist zu jeder Zeit eine gesetzlich anerkannte Methode der Kriegsführung gewesen.

Die Antwort der Alliierten auf die deutschen Bemerkungen legt dar, in dem deutschen Memorandum sei nichts enthalten, was die Überzeugung der Alliierten erschüttere, daß die unmittelbare Ursache des Krieges die wohlüberlegte Entschliebung der verantwortlichen Personen gewesen sei, die Lösung der europäischen Frage gewaltsam herbeizuführen, wenn nötig durch einen Krieg. Die Alliierten hielten dafür, daß die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich verantwortlich dafür seien, eine Forderung der Gerechtigkeit sei. Es werde Deutschland gestattet werden, sein Heer allmählich zu verringern, als bisher vorgesehen war. Die deutschen Vorschläge bezüglich der Flotte könnten nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachung betreffe, so könne Deutschland eine Pauschalsumme für die Regelung der Gesamtheit oder eines Teiles seiner Verbindlichkeiten anbieten.

Paris, 17. Juni. Die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte erklärt, der von ihnen vorgeschlagene Friede sei von Grund auf ein Gerechtigkeitsfriede und entspreche den von beiden Seiten für den Waffenstillstand angenommenen Grundsätzen. Im einzelnen befragt die Antwort, daß an der Ostgrenze, überhaupt wo Zweifel herrschen, eine Volksabstimmung vorgesehen werde. Daraus werde als freie Stadt von Deutschland gelöst und Polen freien Zugang zum Meere gegeben, was aber nicht Bestandteil Polens ist. Ob Oberschlesien deutsch bleibt oder polnisch wird, soll durch Volksabstimmung entschieden werden. Die politischen Bedingungen des Friedensentwurfs über das Saargebiet bleiben unverändert. Die Abtretung deutschen Gebietes an Dänemark und Belgien sollen nur Ergebnis freier Abstimmung der Einwohner sein. Andere Änderungen des Friedensentwurfs sollen nicht stattfinden. Am Schluß heißt es: Diese Note und die beigefügte Denkschrift bedeuten das letzte Wort der alliierten und assoziierten Mächte. Sie beharren bei den Grundsätzen des Vertrages, haben aber bedeutende Zugeständnisse in der Anwendung gewährt. Infolgedessen erwarten sie binnen fünf Tagen von der deutschen Delegation die Erklärung, daß sie bereit ist, den Vertrag, so wie er heute ist, zu unterzeichnen. Erfolgt diese Erklärung, so wird die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles herbeigeführt werden. Andernfalls bedeutet die gegenwärtige Mitteilung die Aufkündigung des Waffenstillstandes, und die Mächte werden die Maßnahmen ergreifen, die sie für nötig halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Frühverlängerung.

Paris, 17. Juni. Die Frist von 5 Tagen wurde nachträglich auf 7 Tage erhöht.

Dr. Landsberg und Giesberts in Versailles.

Versailles, 17. Juni. Gestern vormittag trafen die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, Reichsjustizminister Dr. Landsberg und Reichspostminister Giesberts, aus Deutschland kommend, hier ein.

Das Begleitschreiben.

Paris, 16. Juni. Das Begleitschreiben zu der Note der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge bemerkt zu Anfang:

Die alliierten und assoziierten Mächte hätten die Note der Delegation und die über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen der ersten Erwägung unterworfen. Die deutschen Vorschläge protestieren vor allem gegen den Friedensvertrag, weil er im Widerspruch stehe mit den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand geschlossen worden sei. Der Protest der deutschen Delegation beweist, daß sie die Lage verkennt, in der sich Deutschland heute befindet. Die deutsche Delegation scheint die Auffassung zu haben, daß Deutschland nur Opfer zu bringen habe, um den Frieden zu erhalten, als ob dieser Friede kurzerhand der Abschluß eines Kampfes sei, der um Gewinn an Land und Macht geführt worden sei. Darum erachten es die alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung des Krieges, wie sie ihn beurteilen, zu beginnen. Dieses Urteil ist zugleich das der Gesamtheit der zivilisierten Welt.

Nach der Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Humanität und gegen die Freiheit der Völker, das jemals mit Vorbedacht von einer Nation, die sich für zivilisiert hielt, begangen worden ist. Während vieler Jahre vervielfältigte die deutsche Regierung, getreu der preussischen Tradition, ihre Anstrengungen, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie begnügte sich nicht mehr mit dem Ausblühen und dem wachsenden Einfluß Deutschlands, den anzuerkennen die Nationen bereit waren, in der Gemeinschaft der freien und gleichberechtigten Völker. Sie wollte Europa zu beherrschen und zu terrorisieren, gleichwie sie ein unterjochtes Deutschland terrorisierte und beherrschte. Um dies zu erreichen, habe sie den Geist ihrer Untertanen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu der Lehre bekamt, daß in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht habe. Sie habe nie aufgehört, die Rüstungen Deutschlands zu Lande und zu Wasser zu entsaften und die lügenhafte Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei notwendig, weil die Nachbarn Deutschlands auf seine Macht und sein Gedeihen eifersüchtig seien. Sie habe versucht, Feindschaft statt Freundschaft zwischen den Nationen zu säen. Sie habe ein großes Spionagesystem und ein Netz von Intrigen eingerichtet, die ihr erlaubten, Umtriebe und Revolten und sogar geheime Angriffsvorbereitungen auf den Gebieten ihrer Gegner einzuleiten, um sie im gegebenen Augenblick mit um so größerer Gewißheit und Leichtigkeit zu überwältigen.

Durch diese Drohungen mit Gewalttaten habe sie ganz Europa in Erregung gehalten, und als sie feststellte, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren Absichten zu widerstehen, beschloß sie, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald diese Vorbereitungen beendet waren, ermutigte sie einen unterjochten Verbündeten, binnen 48 Stunden Serbien den Krieg zu erklären. Von diesem Krieg, dessen Zweck die Kontrolle über den Balkan war, wußte sie genau, daß er nicht lokalisiert werden konnte und daß er einen allgemeinen Krieg entfesseln würde. Um für diesen Krieg doppelte Sicherheit zu haben, entzog sie sich allen Versöhnungsversuchen, bis es zu spät und der Weltkrieg unvermeidbar war, den sie eingefädelt hatte und für den unter allen Nationen einzig Deutschland vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands beschränkte sich jedoch nicht auf die Tatsache allein, den Weltkrieg gewollt und entfesselt zu haben; Deutschland ist ebenfalls verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art, in der er geführt worden ist. Obwohl Deutschland selbst einer der Garantien Belgiens war, haben seine Regierungen die Neutralität eines durchaus friedlichen Volkes verletzt, welche sie

zu respektieren feierlich versprochen hatten. Nicht zufrieden damit, haben sie ungeheuer eine Reihe von Hinrichtungen und Einäscherungen vorgenommen, in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch die Scheußlichkeit ihrer Handlungen gefügig zu machen. Die Deutschen gebrauchten als erste die giftigen Gase, trotz der entsetzlichen Leiden, die sie verursachten. Sie haben mit den Beziehungen durch Flugzeuge und weittragende Kanonen auf Städte begonnen ohne militärischen Grund, einzig und allein in der Absicht, die Moral ihrer Gegner zu schwächen, indem sie Frauen und Kinder trafen. Sie haben den U-Bootfeldzug begonnen, diese Herausforderung von Seeräubern gegen das Völkerrecht, in dem sie dadurch eine große Anzahl unschuldiger Reisender und Seeleute zum Tode verurteilten, mitten auf dem Meere fern von jeder Hilfe, Wind und Wetter preisgegeben und noch schlimmerem der Besatzung ihrer U-Boote.

Die Besatzungen der U-Boote, die sind es, die mit blutiger Gewissenlosigkeit Tausende von Frauen und Kindern in fremdes Land, in die Sklaverei geführt haben. Sie haben sich hinsichtlich der Kriegsgefangenen eine so barbarische Handlungsweise erlaubt, vor der selbst die unzivilisierten Völker zurückschrecken würden; die Handlungsweise war sozusagen beispiellos in der Geschichte der Menschheit. Die furchtbare Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastet, wird in der Tatsache zusammengefaßt, daß mindestens sieben Millionen Lebewesen mit ihren Wunden und Leiden bezeugen, daß Deutschland durch Krieg seine Herrschaft befriedigen wollte.

Die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß sie denjenigen gegenüber sich schuldig machen würden, die zur Erhaltung der Freiheit der Welt alles hingeben haben, wenn sie ihre Zustimmung dazu geben, in diesem Krieg nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu erblicken.

Diese Haltung der alliierten und assoziierten Regierungen wurden noch während des Krieges durch ihre hauptsächlichsten Staatsmänner klar dargelegt; so vom Präsident Wilson in seiner Rede vom 16. April 1918 umschrieben und vom deutschen Volke ausdrücklich und kategorisch als ein leitendes Prinzip angenommen: „Mögen alle unsere Worte, Mitbürger, mögen alle unsere Pläne und Handlungen von nun an mit unserer Antwort in Übereinstimmung sein, bis die Macht unserer vereinigten Kräfte ihrerseits den Geist durchdringt und die brutale Gewalt derjenigen vernichtet, die verspottet und verachtet haben, was wir lieben und ehren. Deutschland hat manchmal gesagt, daß die Gewalt und nur die Gewalt entscheiden wird, ob Gerechtigkeit und Friede die Arbeit und das Menschengeschlecht leiten sollen, ob das Recht, so wie es Amerika versteht, oder die Hegemonie, wie sie Deutschland versteht, die Geschichte der Menschheit bestimmen werden. Es ist also für mich nur eine Antwort möglich: Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt und Schrecken ohne Ende, vernichtende und triumphierende Gewalt, die das Recht zum Gesetz der Welt erhebt und jede Macht, deren viele egoistisch sind, in den Staub treten wird.“

Diese Haltung wurde in der Rede des englischen Premierministers vom 14. Januar 1917 klar gekennzeichnet: „Es ist in keinem Lande Sicherheit, wenn die Züchtigung nicht eine gegenseitige ist. Es gibt keinen Segen für das Land, für die Völker, für das Geld in den Staaten, wo der Verbrecher mächtiger ist als das Recht. Das Völkerrecht läßt keine Ausnahme zu und so lange ihm nicht Genüge getan ist, wird der Friede der Welt immer der Willkür einer jeden Nation ausgeliefert sein, die Vergrößerung und Bereicherung des eigenen Landes verfolgt. In der Weltgeschichte hat es oft verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben es in diesem Augenblick mit einem solchen Staate zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben bis zu einem Zeitpunkt, wo wir durch ein internationales Abkommen zu geeinigtem Vorgehen befähigt sind.“

Das gleiche Prinzip liegt klar in der Rede Clemenceaus vom 17. September 1918: „Was sie wollen, die französischen Soldaten, das wollen wir selbst: kämpfen unaufhörlich und siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind begriffen wird, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrechen und der Gerechtigkeit. Wir wollen nur den Frieden und wir wollen eine Gerechtigkeit, die dauerhaft gestaltet ist, damit den kommenden Generationen die Greuel der Vergangenheit erspart bleiben.“

Orlando hat ebenfalls am 3. Oktober erklärt, wir werden den Frieden ergreifen, wenn unsere Feinde erkennen werden, daß die Menschheit das Recht und die Pflicht hat, sich gegen die Fortdauer der Ursachen zu schützen, die diese schreckliche Gemetzel bewirkt haben und daß das vergossene Blut von Millionen von Menschen nicht nach Rache schreit, sondern die Verwirklichung des hohen Ideals fordere, für welches dieses Blut so hochherzig vergossen wurde. Die Fragen, die das friedliche Leben der Nationen in seinem Wesen selbst berührt, müssen, wenn sie einmal gestellt sind, die Lösung erhalten, welche die Gerechtigkeit erfordert. „Gerechtigkeit ist die einzige politische Basis für die Begleichung der Rechnung dieses schrecklichen Krieges; Gerechtigkeit verlangt die deutsche Delegation, Gerechtigkeit erklärt die deutsche Delegation, hat man Deutschland versprochen. Deutschland wird Gerechtigkeit zuteil werden. Deshalb haben die alliierten und assoziierten Mächte nachdrücklich erklärt, daß Deutschland als allererste Bedingung des Vertrages, den Wechsel der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit übernehmen muß, denn die Wiedergutmachung der von ihm verübten Schäden ist ein Hauptbestandteil der Gerechtigkeit. Deshalb bringen sie darauf, daß die Personen, die am offensichtlichsten die Verantwortlichkeit für den Angriff Deutschlands und für die Akte der Barbarei und Unmenschlichkeit haben, welche die gegnerische Partei in der Kriegführung entbehrt haben, der Gerechtigkeit überantwortet werden, der sie bisher in ihrem Land nicht unterzogen worden sind. Es ist gerecht, daß die Wiedergutmachung erfolgt, und daß die so mißhandelten Völker gegen die Konkurrenz einer Nation geschützt werden, deren Industrie in Laft und sogar durch entwundenes Material aus besetzten Gebieten gestärkt wurde. Wenn darin eine harte Belastung für Deutschland liegt, so hat es dies sich selbst zugezogen. Jemand muß die Folgen des Krieges tragen. Wer soll leiden? Deutschland oder bloß die Völker, denen Deutschland Schaden zugefügt hat? Allen denjenigen, die das Recht auf Gerechtigkeit haben, Gerechtigkeit nicht geben, hieße die Welt neuen Katastrophen ausliefern.

Die deutsche Denkschrift behauptet, daß der deutschen Revolution Rechnung getragen werden müsse und daß das deutsche Volk nicht verantwortlich sei für die Politik seiner Regierung, da es sie von der Macht gestürzt habe. Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen den eingetretenen Wechsel an und freuen sich dessen. Diese Anerkennung stellt eine große Hoffnung auf Frieden und Ordnung in Europa dar, aber sie kann die Begleichung des Friedens an und für sich nicht berühren. Die deutsche Revolution wurde aufgeschoben bis die deutschen Armeen im Felde geschlagen waren und bis jede Hoffnung, aus dem Eroberungskrieg Gewinn zu ziehen, dahin geschwunden war. Wenn die Politik der Regierung erfolgreich gewesen wäre, so hätte sie das deutsche Volk mit ebensolcher Begeisterung begrüßt, wie es den Ausbruch des Krieges begrüßt hat. Das deutsche Volk kann daher nicht verlangen, daß es, weil seine Regierung gewechselt hat, nachdem der Krieg verloren war, daß es den Folgen seiner Kriegshandlungen ledig sei. Die alliierten und assoziierten Mächte halten deshalb dafür, daß der Frieden, den sie vorgeschlagen haben, ein Frieden der Gerechtigkeit und des Rechts ist, gemäß der beim Abschluß des Waffenstillstandes angewendeten Grundsätze. Man kann nicht an der Absicht der alliierten und assoziierten Mächte zweifeln, als Basis der europäischen Neuordnung die Grundsätze, die unterdrückten Völker zu befreien und die nationalen Grenzen soviel wie möglich entsprechend dem Sinn der interessierten Völker zu ziehen, angenommen haben, in dem jedenfalls alle Erleichterungen geboten werden, national und wirtschaftlich ein unabhängiges Leben zu führen. Diese Absicht wurde veröffentlicht in der Rede des Präsidenten Wilson am 8. Januar 1918 sowie in den folgenden Reden des Präsidenten. — Ein Memorandum hinsichtlich dieser Frage wird dem Schreiben beigelegt. Betr. Anwendung dieser Grundsätze haben die alliierten und assoziierten Mächte Bestimmungen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat wieder herzustellen mit einem freien und sicheren Zugang zum Meer. Alle „von unzweifelhaft deutscher Bevölkerung bewohnten Gebiete“, mit Ausnahme einzelner isolierter Städte und kürzlich gewaltsam exproprierten und inmitten unzweifelhaft polnischer Gebiete errichteter Kolonien wurden Deutschland belassen. Überall wo der Wille der Bevölkerung zweifelhaft ist, wird eine Volksabstimmung vorgenommen werden. — Die Stadt Danzig wird die Verfassung einer freien Stadt erhalten. Ihre Einwohner werden als autonom anerkannt werden. Sie werden nicht in die Herrschaft Polens übergehen und werden nicht einen Teil des polnischen Staates bilden. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst wurde von Deutschland losgelöst, weil kein anderes Mittel möglich war, um einen freien und sicheren Zugang zum Meere zu bewirken, den Deutschland einzuräumen versprochen hat.

Das von den alliierten und assoziierten Mächten vorgeschlagene Regime für das Gebiet des Saarbeckens soll 15 Jahre dauern. Diese Anordnung wurde als notwendig erachtet, zugleich als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes und als sofortige sichere Kompensation, die Frankreich für die systematische Zerstörung seiner Kohlenindustrie zuerkannt wurde. Dieses Gebiet gelangt nicht unter französische Oberherrschaft, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Annexionen in sich zu schließen, trotzdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Außerdem hält sie die wirtschaftliche Einheit des Saarbeckens aufrecht, welche für die Interessen der Einwohner wesentlich ist. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, welche in der Zwischenzeit unter Ueberwachung und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre Angelegenheiten ausübt, volle Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob

sie die Vereinigung mit Deutschland oder die Fortsetzung des im Friedensvertrage vorgesehenen Regimes wünscht. — Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und Belgien zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise von Preußen genommen und eingebracht. Die Uebertragung wird nur erfolgen, wenn sie das Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner sein wird. Diese Uebertragung wird mit solchen Vorsichtsmahregeln getroffen werden, daß die Freiheit der Abstimmung vollständig sein wird. — Endlich sind die alliierten und assoziierten Regierungen der Ueberzeugung, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien sich lebhaft dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberherrschaft zurückzufallen. Die Traditionen deutschen Verwaltung, die deutschen Regierungsmethoden sowie der Gebrauch, der von den Kolonien gemacht wurde, um sie als Basis zu gebrauchen, von wo aus man glaubte, sich auf den Welthandel stützen zu können, machen es den alliierten und assoziierten Mächten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben, noch ihm die Verantwortung anzuerkennen, ihre Bewohner zu erziehen und zu bilden. Aus diesen Gründen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, diese Vorschläge abzuändern außer in den angegebenen Punkten.

Es hat den Anschein, daß die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen in erheblichem Maße mißdeutet hat. Es besteht bei den alliierten und assoziierten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdrosseln und zu verhindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt, vorausgesetzt, daß die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt werden und vorausgesetzt gleichfalls, daß es seine Methoden des Angriffs und Anschleichens aufgibt. Es ist die Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung genießt in bezug auf den Einkauf von Rohmaterialien und den Verkauf von Waren unter Vorbehalt der zeitlich bereits eingeführten Maßnahmen, die im Interesse der von den Deutschen zerstörten und geschwächten Nationen ergriffen worden sind. — Die alliierten und assoziierten Regierungen wünschen, daß die durch den Krieg ausgepeitschten Leidenschaften sobald wie möglich erlöschen, und daß alle Nationen an dem Wohlergehen teilnehmen, das aus einem Frieden hervorgeht, wenn jeder ehrlich den Forderungen der anderen nachkommt. Sie wünschen, daß Deutschland wie alle anderen Nationen sich dieses Wohlstandes erfreue; aber auf viele Jahre hinaus wird noch ein beträchtlicher Teil dieses Wohlstandes dazu dienen müssen, bei den Nachbarn die Schäden auszubessern, welche Deutschland verschuldet.

Um ihre Absichten klar zu gestalten, haben die alliierten und assoziierten Regierungen einen gewissen Teil der finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages abgeändert; aber die Grundsätze, auf denen der Vertrag beruht, sind unantastbar. (Fortsetzung folgt.)

Foch nach Paris zurückberufen. — Wilson in Belgien.

Paris, 18. Juni. Die „Chicago Tribune“ berichtet, daß Marshall Foch kurz nach seinem Eintreffen im interalliierten Hauptquartier in Luxemburg von Clemenceau nach Paris zurückberufen wurde, um dort die Nachricht abzuwarten, ob die Deutschen unterzeichnen oder nicht. Wilson wird in der heutigen Nacht Paris verlassen, um Brüssel, Opern und Löwen zu besichtigen. Er wird am Freitag wieder in Paris sein.

Abstimmung in Oberschlesien.

Bern, 17. Juni. „Tribune de Lausanne“ läßt sich aus Paris melden, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien sechs Monate nach dem vierzehnten Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgte. Abzug der deutschen Behörden und Truppen stattfinden soll. Oberschlesien werde wahrscheinlich durch amerikanische Truppen besetzt werden.

Oberschlesien und Schleswig.

— (Havas.) Es scheint, daß das für Oberschlesien vorgesehene Plebiszit binnen sechs bis acht Monaten vorgezogen werden soll und daß es sich bezüglich Schleswig nur auf zwei der ursprünglich drei Zonen beziehen könne.

Eine Proklamation des Präsidenten der Provinz Hessen-Rassau.

Paris, 17. Juni. Das „Echo de Paris“ meldet aus Mainz: Der Präsident der Provinz Hessen-Rassau, v. Trott zu Solz, hat an die ihm unterstellten Einwohner folgende Proklamation für den Fall, daß die Franzosen vorrücken, erlassen: Im Fall des Vorrückens der feindlichen Truppen werden die Bewohner von Stadt und Land nachdrücklich aufgefordert, sich einer blinden Flucht zu enthalten, sondern sich mit Ruhe in das Unvermeidliche zu schicken. Gut und Leben werden sie am besten schützen, wenn sie am Platz bleiben. Die Erfahrungen des Krieges zeigen uns, daß das Zusammenströmen der Bevölkerung in den östlichen Provinzen und die Anhäufung von Menschenmassen dort verhängnisvoll wirken kann, und dann hinsichtlich der Ernährung Schwierigkeiten erwachsen, so daß Hungersnot, Krankheiten und Unruhen entstehen können. Alle Beamten haben Weisung, auf ihrem Posten auszuharren und nach Möglichkeit der Bevölkerung beizustehen. Jeder soll in Ruhe und Sicherheit seiner gewohnten Beschäftigung nachgehen und alles vermeiden, was dem Feind Gelegenheit geben könnte, einzugreifen. Jeder soll sich bewußt sein, daß eine Flucht nur Gut und Leben gefährdet.

Die Rückfahrt der deutschen Delegation.

mz Versailles, 17. Juni. Die deutsche Friedensdelegation ist gestern abend von Roissy-le-Roi aus im Sonderzug nach Weimar abgefahren.

Politische Rundschau.

Die Lage im Osten.

Berlin, 17. Juni. Von zuständiger Stelle wird gemeldet: Einige Blätter melden den Abtransport von Heeresgut und anderen Werten, insbesondere auch von Zuchthengsten aus Westpreußen. Sie knüpfen hieran die Befürchtung, daß die Regierung dabei sei, den deutschen Osten frei zu geben. Es ist schwer verständlich, wie derartigen Einzelvorgängen, selbst wenn sie zutreffen sollten, irgendwelche Bedeutung zugeschrieben werden kann. Sowohl die Reichsregierung, wie die Preußens, haben feierlich erklärt, daß sie den deutschen Osten unter allen Umständen gegen jeden frevelhaften Angriff schützen werden. Einer solchen Absicht dienen sämtliche in Westpreußen getroffene Maßnahmen.

Die Räumung des besetzten russischen Gebiets.

Königsberg, 17. Juni. Die Räumung von Oststädten durch deutsche Truppen hat weitere Fortschritte gemacht. An der Frontlinie sind die deutschen Truppen fast aus allen Städten zurückgezogen. Der Abtransport verschiedener Formationen ist durchgeführt. Auch die Materialtransporte werden trotz der bestehenden Schwierigkeiten durchgeführt.

Ethnische Maßnahmen gegen das Deutschtum.

Helsinki, 17. Juni. Die estnische Regierung erließ eine Verordnung, durch die u. a. allen Deutschen das Recht entzogen wird, auf den Eisenbahnen zu reisen. Die deutschen Schutzkorps in Reval wurden aufgelöst und die deutschsprechenden Revaler Zeitungen auf unbestimmte Zeit eingestellt. — Die nördlich des finnischen Meerbusens vorrückenden Weißen Truppen nahmen Arasmaja Korfa. Die Festung wird von fünf bolschewistischen Kriegsschiffen und den Kronstädter Batterien beschossen.

Zeitungsstreik in Berlin und München.

Berlin, 17. Juni. Berlin ist nahezu ohne Zeitungen. Der Grund liegt in einem Streik der Druckereihilfskräfte. Seit 14 Tagen schon schwebten Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Buchdruckereibitzer und dem Verband der Buch- und Steindruckhilfsarbeiter. Die Hilfsarbeiter haben die Forderungen gestellt, daß ihnen dieselben Zulagen gewährt werden wie den Buchdruckern, d. h. daß den männlichen Angestellten eine Wochenzulage von 20 Mark gewährt wird und die vorläufige Regelung in der Weise erfolgt, daß einem Angestellten nach neunmonatiger Tätigkeit fünf Tage und mit jedem Jahr ein Tag mehr bis zur Höchstgrenze von 15 Tagen Urlaub gewährt werden soll. Am Samstag hat eine Konferenz stattgefunden unter den Buchdruckereibitzern und Zeitungsverlegern, und diese haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Streik diesmal bis zum Ende ausgefochten werden müsse. Infolgedessen werden heute sämtliche Hilfsarbeiter in sämtlichen Berliner Druckereien entlassen. Von Montag dieser Woche an wird für die Arbeiter des Setzerei- und Druckereipersonals die vierstündige Arbeitszeit festgesetzt. Sollte bis Samstag eine Einigung nicht erzielt sein, so wird das gesamte Buchdruckereipersonal entlassen. Maßgebende Stellen sehen diesen Streik der Hilfsarbeiter als Auftakt zum Generalstreik an, den die Kommunisten für Mitte dieser Woche vorbereiten. Man darf damit rechnen, daß dieser Streik der Hilfsarbeiter als Erklärung des Generalstreiks benutzt wird, und daß man letzteren bereits in drei bis vier Tagen erwarten kann.

mz Berlin, 17. Juni. Wie der Arbeitsausschuß der Berliner Buchdruckereibitzer durch ein Rundschreiben mitteilt, haben sich die Verhandlungen mit der Hilfsarbeiterorganisation zerlegt. Obgleich die Prinzipale sich bereit erklärten, Zulagen von 10 Mark an männliche, sechs Mark an weibliche und vier Mark an jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren, zurückwirkend bis 5. Mai zu zahlen und ferner dieselben Ferien wie für die Gehilfen zu bewilligen. In den meisten Betrieben haben darauf die Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt oder traten an die Prinzipale mit dem Verlangen heran, sofort schriftlich ihre Forderung (Zulage von 20 1/2 Mark für alle Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen) anzuerkennen, widrigenfalls sie die Arbeit niederlegen. Infolge der Ablehnung dieses Verlangens wurde die Arbeit niedergelegt. Der Arbeiterausschuß forderte daher die Buch-

RASCH und SPARSAM

baut man nach der **AMBI-Bauweise**. Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die **AMBI-Dachstein-Maschine** für Handbetrieb

Anfragen an:

AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Goldene Medaille und Silberner Staatspreis
1910 Reichsverband für sparsame Bauweise

Arbeitsverhältnisse auf, unter keinen Umständen selbständige Entlohnungen irgendwelcher Art vorzunehmen, welche über die bisherige Entlohnung hinausgehen. Bei der Arbeitsvermittlung seitens der Arbeiter soll jedem einzelnen mitgeteilt werden, daß das Arbeitsverhältnis gelöst ist. Kein Ausständiger darf wieder eingestellt werden ohne vorherige Genehmigung des Arbeitsausschusses der Berliner Buchverleger.

München, 16. Juni. Wegen Lohn Differenzen ist das technische Hilfspersonal der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und der „München-Augsburger Abendzeitung“ in den Streik getreten.

Lokalnachrichten.

Königstein, 17. Juni. (Rückzahlung der Kriegsanteile.) Diejenigen Personen, welche durch die hiesige Volksschule Einzahlungen bei den verschiedenen Kriegsanleihen gemacht haben und schon jetzt die Rückzahlung zu 10% Zinsen wünschen, können noch bis zum Freitag um 10 Uhr ihre Anteilscheine in der Schule abgeben.

Grundstücksversteigerung. Die Eheleute Jakob Müller Erben versteigerten folgende Grundstücke an nachgenannte Käufer zu den dabei vermerkten Preisen: 1. 8000 Mk. an Jakob Müller, Wiese am Dingweg, 116 Ruten, zu 6250 Mk. an Heinrich Gottschalk, Wiese im Sillen Hain, 122 Ruten, zu 6400 Mk. an Wilhelm Müller, Wiese im Sillen Hain, 72 Ruten, zu 4550 Mk. an Christoph Müller, Garten am Bahnhof, 5 1/2 Ruten, zu 1050 Mk. an Frau Gemmer-Henlein.

Von nah und fern.

W. Cronberg, 17. Juni. Die diesjährige Erdbeerernte erreicht in dieser Woche ihren Höhepunkt. Die haltend trockenwarme Witterung hat die Reife beschleunigt. Der diesjährige Ertrag dürfte kaum hinter dem jährlichen Jahre zurückbleiben. In normalen Zeiten gingen täglich oft bis zu 500 Zentner auf den Markt nach Frankfurt. In diesem Jahre wird der Löwenanteil der Ernte nach Mainz und Wiesbaden gehen. Großhändler aus diesen Städten suchen bereits in letzter Zeit Abschlüsse zu machen. Im Durchschnitt wurde den Erzeugern 1 Mark fürs Pfund geboten. Die beschränkte Absatzmöglichkeit wird den Preis jedoch noch herunterdrücken. Viele Kleinverbraucher holen sich an Ort und Stelle ihren Bedarf. Auch die Nachbardörfer Schönberg, Niederhöchstadt, Namolshain liefern große Mengen der edlen Früchte.

Zigarrendüten, Zigaretteendüten, ver.
Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Katholischer Gottesdienst in Königstein.
Fronleichnamstag.
Sonntags 7 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt. In unmittelbarem Anschluß daran die herkömmliche Prozession. Die Teilnehmer an derselben sind gebeten, den Anweisungen der Ordner pünktlich zu folgen.
Nachmittags 2 Uhr sakramental. Andacht.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Für den Bezirk Eppstein i. T. wurde der Zimmermann **Leonard Sparwasser** aus Eppstein i. T. zum **Schiedsmann** auf die Dauer von 3 Jahren gewählt und vom Tage der Verpflichtung an befähigt.
Königstein (Taunus), den 13. Juni 1919.
Der Landrat: **Jacobs.**

Betr. Umsatzsteuer.

Wer mit der Einreichung der Umsatzsteuer-Erklärung bzw. mit der Entrichtung der bereits veranlagten Steuer noch im Rückstande ist, wird ersucht das Versäumte bis **Spätestens 23. Juni i. J.** im Steuerbüro, Bierhalle Zimmer 3, nachzuholen, andernfalls die gesetzlich bestimmten Zuschläge dem Säumnigen auferlegt werden müssen.
Königstein, den 17. Juni 1919.
Der Magistrat — **Umsatzsteueramt.**

Quartier.

Unter Bezugnahme auf wiederholte Bekanntmachungen wird darauf hingewiesen, daß bei dem heutigen Truppenwechsel **alle** abziehenden Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und Pferde abgemeldet werden müssen.
Alle ankommenden Truppen sind neu zu melden, auch wenn sie die alten Quartiere nicht bewirkt, hat keinen Anspruch auf Quartierentschädigung.
Königstein (Taunus), den 18. Juni 1919.
Der Bürgermeister. **A. B.: Brühl.**

Schadenmeldung.

Zum 1. und 15. jeden Monats sind für die Folge zu melden alle neu entstehende Schäden, wenn die Besatzungsgruppe hier verbleibt oder ein Quartierwechsel nicht stattfindet; sofort jedoch und zwar innerhalb 6 Stunden, wenn die Truppe wechselt, abmarschiert oder wenn ein sonstiger Quartierwechsel stattfindet.
Wer die geforderten Anmeldungen unterläßt, verliert jeden Anspruch auf spätere Entschädigung.
Königstein im Taunus, den 18. Juni 1919.
Der Magistrat. **A. B.: Brühl.**

Mehrere tüchtige Schreiner-, Maschinen- u. Hilfsarbeiter sofort gesucht.
Möbelfabrik **Otto Bender, Kelkheim.**

Todes-Anzeige.

Montag nachmittag starb nach langem Leiden unser lieber guter Vater, Großvater, Urgroßvater und Onkel

Herr Georg Weck

wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten im 82. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Franz Weck und Frau geb. Vest,
Joseph Weck und Frau geb. Schauer,
Joseph Ernst und Frau geb. Weck,
Wilhelm Schüssler und Frau geb. Weck,
Georg Weck und Frau geb. Weck,
Johann Meser und Frau geb. Weck,
31 Enkel und 6 Urenkel.

Schneidhain, den 17. Juni 1919.

Die Beerdigung findet statt: **Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 1/4 Uhr.**

Zu verkaufen:

eine wenig gebrauchte
Pitchpine-Küchen-Einrichtung,
1 Mahagoni-Garnitur,
2 Sessel, 1 Ottomane mit
Decke, verschiedene Betten,
Wäschische, Schränke,
Stühle und sonstige verschiedene Möbelstücke.
Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:

Einmachgläser
mit Gummiringen (Friedensware)
Beleegläser
Adelheidstraße Nr. 4,
Königstein im Taunus.

Für alle guten Wünsche zu unserer
Dermählung sagen wir auf diesem Wege
herzlichsten Dank.

L. Dichmann und Frau.

Kelkheim, den 14. Juni 1919.

Geschäfts-Verlegung.

Mein Geschäft befindet sich

ab 20. Juni 1919

Falkensteinerstrasse 4 part.

L. Appold Wwe., Schneiderin,
Königstein.

„Zum Reichenbachtal“

(beliebter Ausflugspunkt im Reichenbachtal in nächster Nähe von Königstein und Falkenstein)

empfiehlt zu jeder Tageszeit in vorzüglicher
Qualität täglich frisch:

**- Bohnenkaffee und Kuchen -
Tee, Schokolade und sonstige
Getränke.**

Um zahlreichen Besuch bittet

Josef Messer.

Staufen- Lichtspiele Kelkheim

im Taunus

Heute Mittwoch, den 18. Juni, um 3/8 Uhr,
Donnerstag, den 19. Juni, um 4 u. 3/8 Uhr,

Rigoletto

nach der gleichnamigen Oper.
Großes Drama in 4 Akten.

In der Hauptrolle **Liane Haid.**

**Die Augen einer
schönen Frau.**

Lustspiel in 1 Akt.

Auf amerikanische Art
Humoreske in 1 Akt.

1 Glucke

mit 12 Küden zu verkaufen
Fischbach, Ruppertsheimerstr. 22.

Eine weiße kurzhaarige

Milchziege

billig zu verkaufen.
Näher in der Geschäftsstelle.

4 jährige
melkende **Kuh**

preiswert wegen Futtermangel
zu verkaufen.
I. Fridolin Brendel, Oberreiffend.



Die Hausfrau spart
viel Wirtschaftsgeld
Seit sie sich Erdal-
Schuhkrem hält.

Erdal

schwarz — gelb — braun

Alleinhersteller:

Werner & Mertz, Mainz.

Postkarten

(Keine Ansichtskarten)
garantiert schreibfähig

für jede Tinte, bester Karton,
zu haben in der Druckerei

Ph. Kleinbühl, Königstein.

Verloren:
Am Himmelfahrtstage wurde
in Eppstein grün-gelbte
Damenjacke mit hellgrauen
Aufschlägen und Kragen ver-
loren. Abzugeben gegen 20
Mark Belohnung bei Frau
R. Scherzberg, Eppstein i. T.,
Dauertstraße, oder Bürger-
meisteramt Falkenstein.

Sofort oder 1. Juli in
Pensionshaus **Mädchen**
ein fleißiges
für Küchenarbeit und als Bei-
hilfe zum Kochen gesucht.
Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle.

Jung. Mädchen,

das in best. Haus gedient hat,
sucht Stellung.
Angebote unt. **R. 54** an die
Geschäftsstelle d. Sta.

Zum sof. Eintritt f. kinderl.
Hausarbeit 1 **Mädchen** ge-
sucht, welches schon i. best. Haus
tat. war u. Koch kann, außerd.
1 **zweit. Mädchen** i. Klein-
vieh (Welfen) und Garten.
Frau Sanitätsrat **Ruttmann,**
Hornau, Kellheimerstraße 7.

Zu Tagespreisen:
Täglich frisches

Gemüse und Obst

sowie

Schmierkäse
Heinrich Weber,
Kirohstr. 8. Königstein.

Alle Arten

Gemüsepflanzen

hat abzugeben
Carl Leifheit, Gärtner,
Niederhöchstadt.

Polizeiliche

An- und Abmelde-

scheine
zu haben in der
Druckerei **Ph. Kleinbühl,**
Königstein.

Grasnutzung

von ca. 80 Ruten Wiese in
Gemarkung Königstein ist zu
verkaufen.
Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Heugras

von zwei Wiesen (ca. 180 Rt.)
zu verk. Zu erfr. i. d. Geschäftsstelle.

1/4 Morgen

Heugras

zu verkaufen.
Königstein, Herzog-Adolphstr. 7.

für Händler:

Kaffee

Tee

Kakao

Schweinefleisch

Toiletteseife

Sunlightseife
Taunus-Drogerie
Heinrich Eichhorn,
Höchst a. M., Feldberg-
straße 14. — Fernruf 189.

Gross- und

Kleintierhäute

werden
schnell und gut gegerbt.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

? W O ?

erhält man in jeder Menge
folgende amtliche Formulare:

Prot- und Zuckerkarten-
bescheinigungen,
Mehlverbrauchs-
nachweisungen,
Zucker-Verbrauchs- und
Geldausgaben,

Geldausgabenbescheinigungen,
Wohnübernahmefür die
Friedensversorgung,
Geldbescheinigungen,
Geldbescheinigungen,
Fracht- u. Güterverkehrs-
Buchdruckerei der

„Taunus-Zeitung“
Königstein i. T.